



Tim Wook
Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Niedersächsischer Landtag

Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Telefon: +49 151 59116328
tim.wook@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro

Alt Godshorn 63
30855 Langenhagen
Telefon: +49 151 59116328
kontakt@tim-wook.de

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Europäische Union steht als Institution für eine starke Wirtschaftsgemeinschaft sowie hohe Umwelt- und Sozialstandards, über die territoriale Grenzen seiner Mitgliedsstaaten hinweg.

Sie fördert den Austausch von Wissen und Innovation, Handelsbeziehungen inner- und außerhalb der Gemeinschaft sowie europäische Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit – auch das über die Grenzen ihrer Mitgliedstaaten hinweg.

All das dient dem gemeinsamen europäischen Ziel, eine ökonomische, soziale und ökologische Grundlage zu schaffen, um ein Europa des Friedens, der Rechtsstaatlichkeit und der Stabilität zu sichern (!) – für jetzige wie auch für künftige Generationen.

Für dieses Ziel müssen zahlreiche aktuelle, wie auch künftige Herausforderungen angegangen werden.

Klimawandel, Digitalisierung, Transformationsprozesse in der Wirtschaft, die Liste ist lang und wird noch länger werden. Stichwort: Überalterung, Fach- und Arbeitskräftemangel, Migration.



Entscheidend dabei ist aber, dass diese strukturellen Herausforderungen nicht alleine durch die Europäische Union, sondern, gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten, den Städten und Regionen angegangen und gemeistert werden.

Das ist zugleich der Leitgedanke der europäischen Kohäsionspolitik.

Als zentrales Instrument der europäischen Regionalpolitik, ermöglicht die Kohäsionspolitik den Abbau von Ungleichgewichten innerhalb und zwischen Regionen und damit eine nachhaltige Entwicklung der lokalen Wirtschaft, Stärkung des Sozialen und Förderung von Austausch und Innovation.

Damit stärken wir nicht nur die Resilienz unserer ländlichen Räume, sondern fördern den territorialen Zusammenhalt der Regionen und machen Europa für die Menschen greifbarer.

Und gerade der letzte Punkt sollte uns allen, vor dem Hintergrund der Europawahl, vor Augen führen, dass die Zufriedenheit mit der Arbeit der europäischen Ebene und damit letztlich auch die Zustimmung zu der Union nicht in Stein gemeißelt sind.

Wir tun also gut daran, die Europäische Union und ihren Nutzen vor Ort deutlicher und wirksamer werden zu lassen.

Und das gelingt am besten mit einer effizienten Kohäsionspolitik, die an den Bedarf der Regionen angepasst ist – so auch bei uns in Niedersachsen! Den Fakt ist: Es wird aufgrund der unterschiedlichen Strukturvoraussetzungen keinen einheitlichen Transformationspfad in Städten, Ballungszentren und ländlichen Räumen geben können!

In den ländlichen Räumen Niedersachsens liegt die zentrale Herausforderung zum einen in einer zukunftsorientierten, bedarfsgerechten und vor allem tragfähigen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Zum anderen sind es Klimafolgen, demografischer Wandel und Transformationsnotwendigkeiten in Landwirtschaft.

Auch unsere niedersächsischen Städte und Ballungszentren stehen vor Herausforderungen, wie Klimaanpassungen und tragfähiger Infrastrukturen. Hinzu kommen Themen wie bezahlbarer Wohnraum oder Kitaplätze.



Diesen Herausforderungen müssen wir als Landespolitik in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, mit einer zielgerichteten und effizienten Kohäsionspolitik in den verschiedenen niedersächsischen Wirtschafts- und Sozialräumen begegnen. Nur so lässt sich der begonnene Transformationsprozess unter sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten in Wirtschaft und Lebensräumen nachhaltig erfolgreich umsetzen und dem Ziel des Abbaus von Ungleichgewichten zwischen den europäischen Regionen gerecht werden.

Eine wirksame Kohäsionspolitik kann aber nur dann funktionieren, wenn eine strategisch ausgerichtete Zielsetzung in der Regionalentwicklung auf effiziente Strukturen trifft.

Für die Regionalentwicklung in Niedersachsen bedarf es daher zum einen zielgerichtete und gebietsorientierte Ansätze, um die Herausforderung vor Ort schneller zu identifizieren. Zum anderen müssen kommunale und regionale Akteure in ihren strukturellen Herausforderungen stärker unterstützt und im Transformationsprozess besser begleitet werden. Dazu müssen wir den Zugang zu Förderprogramm vereinfachen und die Umsetzung von Projekten beschleunigen.

Damit die Kohäsionspolitik auch künftig erfolgreich vor Ort umgesetzt werden kann, müssen aber auch alle Regionen der Europäischen Union weiterhin miteinbezogen werden.

Eine ausschließliche kohäsionspolitische Konzentration auf weniger entwickelte Regionen, wie von europäischer Seite ins Spiel gebracht, kann nicht im Interesse des Landes Niedersachsens sein. Denn die wirtschaftliche Transformation muss in allen europäischen Regionen vorangetrieben werden, auch hier bei uns in Niedersachsen. Es wäre daher ein falsches und fatales Signal der europäischen Union, wenn in einem ländlichen Raum Mittel gekürzt würden, um diese einem anderen städtischen Raum zuzuführen.

Man stelle sich nur einmal das vereinfachte Szenario vor, in dem über die Höhe der Mittel im Rahmen des ELER, die Koordination von beteiligten Ressorts und Akteure sowie die Umsetzung der Förderrichtlinie durch neue europäische Bürokratie und Verwaltungsbehörden oder zentral auf Bundesebene entschieden würde. Die Folgen wären vermutlich, mehr Bürokratie,



geringere Kommunikation mit den Akteuren vor Ort und das Gefühl der Bevorteilung bestimmter Regionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

solch ein Vorgehen trüge weder dazu bei alle Regionen der Europäischen Union in ihren Transformationsprozessen nachhaltig zu unterstützen, noch wäre dies eine Politik im Sinne des Leitgedankens europäischen Kohäsionspolitik.

Letztlich würde dieser Schritt den Transformationsprozess ausbremsen und damit genau das Gegenteil erreichen: man schafft Gräben zwischen den Regionen. Und das Schaffen von Gräben und einem Gefühl der Abgehängtheit, können und sollten wir als aufrechte Europäer und Demokraten tunlichst vermeiden.

Dementsprechend bin ich Ministerin Osigus dafür dankbar, dass sie sich im Rahmen der Europaministerkonferenz in Brüssel dafür einsetzt, dass auch die Mittelverteilung im Sinne der europäischen Kohäsionspolitik gewährleistet wird.

Wir sehen aktuell in unseren Schlüsselindustrien viele Umbrüche. Um diese zu bewältigen, brauchen wir auch weiterhin eine starke Regionalförderung,

Wir wissen in Niedersachsen sehr genau über unsere Stärken und Herausforderungen Bescheid. Wer glaubt, dass Berlin oder Brüssel per Ferndiagnose besser als Oldenburg oder Hannover wissen, wo Handlungsbedarf besteht, liegt falsch.

Denn für resiliente und zukunftsfähige Regionen braucht Niedersachsen eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Kohäsionspolitik verwaltet in Niedersachsen.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank!